

## Bayern und die Uebergangswirtschaft.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

München, 18. Juli.

Samstag waren Vertreter sämtlicher acht bayerischen Handelskammern zu einem außerordentlichen Handelskammertage versammelt. Ihren Beratungen wohnten Vertreter der bayerischen Staatsministerien und des Kriegsministeriums bei. Den Vorsitz führte der Handelskammerpräsident Geheimrat Pschorr (München). Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung, der den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte und die Wünsche auf seine möglichste Förderung betraf, beraten war, erstattete Kommerzienrat Fränkel (München) ein eingehendes Referat über die Uebergangswirtschaft. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

1. Der bayerische Handelskammertag richtet an das Staatsministerium des königlichen Hauses und des Aeusseren das dringende Ersuchen, bei dem Reichskommissär für die Uebergangswirtschaft dahin vorstellig zu werden, daß bei Zusammensetzung des Beirats Bayern in einer seiner Bedeutung für das Wirtschaftsleben entsprechenden Zahl von Mitgliedern vertreten werde und daß in diesem Beirat insbesondere auch Vertreter der wichtigsten bayerischen Ausführindustrien sowie des am Verkehr mit dem Orient und den Balkanländern im Frieden besonders beteiligten bayerischen Ein- und Ausfuhrhandels berufen werden mögen, ferner sei die Ergänzung der bayerischen Gesandtschaft in Berlin durch Delegation einer mit dem bayerischen Wirtschaftsleben besonders vertrauten wissenschaftlich und handelspolitisch geschulten Persönlichkeit in Erwägung zu ziehen;

2. der bayerische Handelskammertag ersucht den Reichskanzler, den Reichskommissär für die Uebergangswirtschaft sowie die bayerische Staatsregierung, bei den vorbereitenden Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft dahin zu wirken, daß 1. diese Uebergangszeit auf möglichst kurze Zeit beschränkt werde, 2. im Rahmen der durch die Fragen der Paluta und des Schiffsraums obwaltenden Schwierigkeiten der alsbaldige Wiederaufbau unseres Welthandels in Angriff genommen und bei den einschlägigen Maßnahmen die für Bayern besonders wichtigen Verkehrswege der Adria und der Donaustraße entsprechend berücksichtigt werden, 3. alle Kriegsorganisationen so rasch wie möglich abgebaut, die Bewegungsfreiheit von Handel und Industrie ehest wieder hergestellt und mit den staatssozialistischen Maßnahmen aller Art gründlich aufgeräumt werde, 4. die Einführung staatlicher Monopole nur insoweit erzwungen werde, als dringende Staatsnotwendigkeiten behufs Gesundung unserer Finanzen dieselben unbedingt erheischen.

An der Diskussion beteiligte sich auch der Abgeordnete Osfel (München), der sich besonders für die vorgeschlagene Schaffung eines Wirtschaftsattachés bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin aussprach und auch bei der bayerischen Gesandtschaft in Wien und bei unseren anderen Verbündeten in Sofia und Konstantinopel bayerische Wirtschaftsvertreter verlangte.

Nachmittags besprach der Handelskammertag zunächst die Kohlenversorgung der bayerischen Industrie. Er verlangte langfristige Abmachungen mit Oesterreich-Ungarn auf Lieferung böhmischer Kohlen, ferner Aufhebung des Verbots der Kohlenausfuhr aus Oesterreich nach Deutschland und Auf-

hebung des Verbots der Kohlenausfuhr aus Preussisch Schlesien nach Oesterreich. Sodann wurde die Frage des Getreidemonopols besprochen und die Einführung eines solchen Monopols abgelehnt.

Sietauf berichtete der Vertreter der Regensburger Handelskammer über die bayerisch-österreichische Arbeitsgemeinschaft. Er trat für die Ausgestaltung der Donauwasserstraße unter Bezugnahme auf die in letzter Zeit in Linz abgehaltenen Konferenzen und den Ausbau der Donaustraße Passau-Linz zur Großschiffahrtsstraße ein. Der Sekretär der Münchner Handelskammer Justizrat Kahn erklärte hiezu, daß auch die bairischen und württembergischen Handelskammern den Anschluß an diese bayerisch-österreichische Arbeitsgemeinschaft wünschen. Nach Erledigung dieser Punkte folgte abends noch eine geheime Sitzung des Handelskammertages.